

## PARTEIEN

## DEUTSCHE PARTEI

## Gesund geschrumpft

- ▷ 25 Prozent Kapitalertragsteuer beim Aktionär,
- ▷ 2,5 Prozent Gesellschaftsteuer bei der kapitalerhöhenden Gesellschaft und
- ▷ fünf bis sieben Prozent Kosten der Emission.

Die Körperschaftsteuer-Ersparnis wäre mithin praktisch wieder aufgezehrt. Zusätzlich aber übernahm die Gesellschaft für die Zukunft die Dividendenlast auf das erhöhte Grundkapital.

Dennoch glaubt Kübel, genauer kalkuliert zu haben als Siebert und dessen Rechenmannschaft in Wolfsburg. Er verweist darauf, daß die VW-Kleinaktionäre in Bausch und Bogen von der Zahlung der fünfundzwanzigprozentigen Kapitalertragsteuer befreit worden sind. Demnach könne nahezu die ganze Differenz zwischen den erwähnten Steuersätzen genutzt werden.

Die VW-Bilanz für das Geschäftsjahr 1961 weist aus, daß der Vorstand dem Unternehmen 66 Millionen Mark offene Rücklagen zugeführt hat. Um diesen Betrag zurücklegen zu können, muß das Werk rund 135 Millionen Mark erwirtschaftet haben. Wenn von dieser Summe, so rechnet Kübel, zusätzlich zu der zwölfprozentigen Dividende ein Bonus ausgeschüttet und durch die Ausgabe junger Aktien wieder hereingeholt worden wäre, dann hätte Wolfsburg anstelle von 69 Millionen Mark nur 27 Millionen Mark Steuern und Kosten abzuführen brauchen. Dem Werk wären 100 Millionen Mark statt nur 66 Millionen zugeflossen.

Der Bonus würde in diesem Fall 108 Millionen Mark, oder 18 Prozent des Aktienkapitals von 600 Millionen Mark, betragen haben. Gegen Wiedereinzahlung von 100 Millionen Mark hätte auf je sechs alte VW-Aktien eine junge Aktie zu pari ausgegeben werden können.

Selbst wenn Siebert darauf bestehe, die Kapitalertragsteuern seiner beiden Großaktionäre, Bund und Niedersachsen, sowie einiger anderer steuerpflichtiger Zweit-Aktienkäufer von VW in die Rechnung einzubeziehen, so meint Kübel, ergäbe sich für das Werk und seine Aktionäre noch ein Geschäft.

Schließlich hätten auch andere Aktiengesellschaften, wie die Württembergische Metallwarenfabrik und Didier, den gespaltenen Steuersatz ausgenutzt, obwohl ihre Aktionäre Kapitalertragsteuer zahlen müssen. Die Schokoladenfabrik Sarotti AG sei sogar so weit gegangen, ihren Aktionären 16 Prozent Dividende, die Kapitalertragsteuer dafür sowie zusätzlich einen Bonus von 33 Prozent zu zahlen.

Finanzchef Siebert („Wir haben es theoretisch alles durchdacht“) erklärte in Wolfsburg nicht ganz zu Unrecht, die derzeitige Börsenstimmung sei für Kapitalerhöhungen „denkbar ungeeignet“. Dennoch ist er bereit, nach den Betriebsferien im Kreis der 28 Opponenten über Kübels Vorschlag zu diskutieren. Siebert: „Wenn was dran ist, wird Herr Kübel den Hausorden des Volkswagenwerkes bekommen.“

Allerdings könnte Kübels Coup allenfalls für das laufende VW-Geschäftsjahr gelingen. Den Dividendenvorschlag von zwölf Prozent für 1961 hat die Wolfsburger Hauptversammlung bereits bestätigt.

Neben hausgemachtem Apfelkuchen und Schlagsahne, dem niederdeutschen Festgebäck, lagen auf den Wirtschaftstischen Textzettel mit „Hannovers Königsgruß“. Refrain: „Ich hab' als Fürst bewahrt die Ehr', es hat gesiegt mein tapfres Heer ...“

Das tapfere Heer der Deutschen Partei hatte die Schlacht zwar verloren; die versprengten Musketiere aber sammelten sich, um aus der Asche ihres Lagerfeuers neue Glut zu blasen. Vom Tonband dröhnten die „Alten Kameraden“.

Zwei Jahre nach dem Zerfall der DP-Bundestagsfraktion und ein Jahr nach dem widernatürlichen Bündnis, das die heimatverbundenen DP-Bauern mit den heimatvertriebenen BHE-Kätnern einge-



DP-Stützen Brunckhorst, von Cramm: Man to — man drup

gangen waren, schworen sich die übriggebliebenen Kameraden, fortan wieder allein und nur in den „menschlich noch übersichtlichen Bezirken“ ihres Stammes zwischen Marsch und Heide hannoversche Politik zu treiben.

Im „Lüneburger Hof“ am Pferdemarkt des hannoverschen Städtchens Rotenburg — wo die DP bei der letzten Landtagswahl im April 1959 noch 35 Prozent der Stimmen erringen konnte — hatte ein Aktionsausschuß des DP-Landesverbandes Niedersachsen zur Mitgliederversammlung eingeladen, „damit wir vor der ganzen Öffentlichkeit überzeugend demonstrieren, daß der Versuch unserer politischen Gegner, die Deutsche Partei von innen her zu zerstören, gescheitert ist“.

Schon nach knapp drei Stunden konnte der Versammlungsleiter, Kurt Helle-Haeussler, das Ergebnis proklamieren: „Ich darf feststellen: Wir sind wieder da, die Deutsche Partei existiert weiter.“ Die 300 anwesenden Heidjer,

mit Niedersachsenroß und Welfenkrone am Schlips, brachen in ihren Schlachtruf aus: „Holt fast — man to!“ und „Man drup!“

Nach einem Jahrzehnt der Irrläuferei hatten die Deutschpartei zu ihrem traditionellen Konzept — der Heimatpolitik — und zu ihrem von Ems und Elbe begrenzten Weltbild zurückgefunden. Versicherte der Vorsitzende des Aktionsausschusses, Rechtsanwalt Dr. Kurt Blanke aus Celle, mit eingeklemmtem Monokel: „Landespartei sind wir jetzt und wollen es für immer bleiben.“

Als niedersächsische Landespartei — so auch der ursprüngliche Name — hatte es im Juni 1945 im Vaterhaus des Parteigründers Heinrich Hellwege begonnen: Den Niedergang des Deutschen Reiches und des Preußenstaates empfand dieser erdverwachsene Niedersachse als späte Genugtuung für die Schmach von 1866, als zwei Tage nach der Schlacht von Langensalza das König-

reich Hannover dem verhaßten Preußenstaat eingegliedert wurde, obgleich der blinde Welfenkönig Georg V. die preußischen Truppen in dieser Bataille geschlagen hatte.

Mit seiner Niedersächsischen Landespartei (NLP) gedachte Hellwege die Tradition der Deutschhannoverschen Partei fortzusetzen, die von 1866 bis 1933 um die Wiederherstellung der alten Rechte gekümpft hatte. Hellweges Programm Nummer 1: Aus Hannover, Oldenburg, Schleswig - Holstein und Teilen von Westfalen sollte „im Rahmen eines föderativen Deutschen Reiches“ ein Staat „Groß-Niedersachsen“ entstehen.

Keine zwei Jahre später aber ließ Hellwege sich dazu verleiten, die niedersächsischen Grenzen zu überschreiten: Als Deutsche Partei strebte die NLP nach Macht im Bund.

Mit der Abhängigkeit von den Listen und Launen des CDU-Kanzlers Adenauer, in die sich die Deutsche Partei durch ihr rheinisches Abenteuer begab, begann auch ihr Untergang. Im Sommer 1960 fanden es neun der fünfzehn Bonner DP-Abgeordneten an der Zeit, im Parlament auf die CDU-Bänke zu rutschen. Der treue Rest hatte von den Christdemokraten nichts mehr zu erwarten und suchte anderwärts Hilfe: beim gleichfalls ausgezehrten Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten.

Das BHE-Bündnis der Fußkranken endete kläglich: Die aus den beiden Parteien durch Fusion der Bundesverbände gezeugte Gesamtdeutsche Partei (GDP) blieb bei der letzten Bundestagswahl mit 2,8 Prozent auf der Strecke.

In Niedersachsen, wo die GDP zwar gegründet, die DP aber nicht aufgelöst



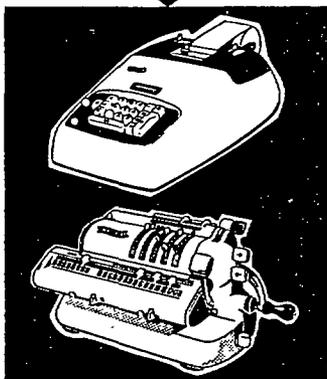
# FRANKFURT MANCHESTER DUBLIN

OHNE UMSTEIGEN



## AER LINGUS

IRISH INTERNATIONAL AIRLINES



... RECHNET SCHNELLER  
ALS MAN DENKT!

wurde, hatte das Debakel zwar gleichfalls schreckliche Folgen: Hellwege voran und nach ihm 16 der 18 DP-Landtagsabgeordneten suchten Zuflucht bei den Christdemokraten; eine Schar von Unverzagten jedoch pries die Schrumpfung als Anzeichen der Gesundung.

Zunächst unabhängig voneinander konstituierten sich in Celle eine neue „Niedersächsische Landespartei“, der Prinz Ernst August von Hannover ein Grußwort telegraphierte, und in Hannover ein „Aktionsausschuß zur Fortsetzung und Aktivierung der DP in Niedersachsen“.

Beide Gruppen, die mit den im Landtag verbliebenen zwei Abgeordneten Winkelmann und Brunkhorst im Niedersachsen-Parlament eine „Traditionsrotte“ stellen, vereinigten sich jetzt in Rotenburg wieder zur Deutschen Partei zwecks „Stärkung des niedersächsischen Raumes“ und frohlockten lärmend über das „Ende der schwarzweiß-roten Epoche“ ihrer DP.

Die GDP des niedersächsischen Finanzministers Ahrens hatte zwar versucht, die totgegläubte Konkurrenz mittels einer Einstweiligen Verfügung in die Heide zurückzujagen, das Landgericht Hannover und das Oberlandesgericht in Celle befanden jedoch: „Jeder politisch interessierte Bürger weiß, daß ... eine nunmehr neu auftretende DP mit der GDP nicht identisch ist.“

Die politische Eigenart der wiedervereinigten Scheintoten manifestierte sich in Rotenburg bei der Wahl des neuen Parteichefs: Zum Vorsitzenden wurde der Landwirt und Schnapsbrenner (Weinbrand „Majestät“) Wilhelm-Ernst Freiherr von Cramm, Bruder des Tennis-Barons, bestimmt.

Dazu Anwalt Blanke: „Wir legten Wert auf einen angesehenen Mann des niedersächsischen Adels. Auch das ist unser Programm.“

## LUFTFAHRT

### AIR UNION

#### Kann nicht landen

Auf seiner Europa-Wallfahrt zu Charles de Gaulle hatte Konrad Adenauer unter anderem auch den Auftrag im Gepäck, dem französischen Staatsbürger Jean Michel Amirault zu sinnvoller Arbeit zu verhelfen. Amirault residiert mit dem Titel eines Generalsekretärs in einer Pariser Büro-Suite Ecke Champs-Élysées/Avenue Franklin D. Roosevelt und bereitet sich an seinem Teakholzschreibtisch schon im dritten Jahr darauf vor, eines Tages das größte Luftfahrtunternehmen der Alten Welt zu dirigieren.

Die „Air Union“, ein Zusammenschluß der nationalen Luftverkehrsgesellschaften Air France, Lufthansa, Alitalia und Sabena, hat bereits seit 1959 Satzungen und das Pariser Büro samt Generalsekretär Amirault. Indes, der für den 1. April dieses Jahres vereinbarte Start des Luftfahrtkartells mußte auf unbestimmte Zeit verschoben werden, da Charles de Gaulle die Todsünde des Supranationalismus witterte und dem Projekt seine Zustimmung versagte.

Der Staatschef erweist damit freilich seiner Air France wie auch den

anderen Gesellschaften einen Bären-dienst. Die Idee des Lufthansa-Direktors Bongers, das unrationelle Nebeneinander der europäischen Gesellschaften durch gemeinsamen Betrieb in der Union zu ersetzen, muß für die Air France genauso verlockend sein wie für deren Konkurrenzunternehmen.

Keine der vier Prestige-Gesellschaften war bisher in der Lage, einen Gewinn zu erwirtschaften, sie kassieren vielmehr kräftige Staatszuschüsse. Um Verluste zu decken oder Gewinne vorzutauschen, erhielten im Jahre 1960

- ▷ die Air France einen Zuschuß von 44 Millionen Mark,
- ▷ die Deutsche Lufthansa 39 Millionen Mark Bundeszuschuß,
- ▷ die Alitalia unter „andere Einnahmen“ 14 Millionen Mark Staatsgelder und
- ▷ die belgische Sabena eine staatliche Spritze von zehn Millionen Mark.

Gemäß dem Air-Union-Konzept, das Bongers nach dem Modell des Scandina-



Air-Union-Planer Bongers  
Kartell für vier Luftflotten

vian Airlines System (SAS) entworfen hat, sollen die nationalen Gesellschaften nicht fusionieren, sondern lediglich in einer Dachgesellschaft zusammenarbeiten. Dadurch hofft Bongers die aufwendigen Konkurrenzpraktiken überflüssig zu machen, die gegenwärtig

- ▷ jede Gesellschaft zwingen, große Flotten für den regelmäßigen Liniendienst auf allen internationalen Flugrouten zu unterhalten, und
- ▷ ein Überangebot an Fluggastplätzen und damit schwachbesetzte Maschinen zur Folge haben.

Bongers kam zunächst gut voran. Lediglich die Holländer, die für ihre stark übersetzte Luftflotte allzu einschneidende Verkehrsbeschränkungen befürchteten, machten nicht mit. Die Chefs der übrigen EWG-Gesellschaften einigten sich rasch, der Air France als